



# SYVICOL

Syndicat des Villes et  
Communes Luxembourgeoises

## Stellungnahme des SYVICOL zur Pressemitteilung der FGFC vom 20. März 2025

In ihrer heutigen Pressemitteilung fordert die FGFC, neben dem Ministerium für innere Angelegenheiten, auch das SYVICOL auf, „den kommunalen Amtsmissbrauch entschieden zu bekämpfen“. Ausgehend von den Missständen im Bereich des Personalmanagements in vereinzelt Gemeinden, die in den letzten Wochen und Monaten an die Öffentlichkeit kamen, zeichnet die Gewerkschaft ein einseitiges Bild der Gemeindepolitik und spart nicht mit schweren Vorwürfen wie Machtmissbrauch und Gesetzeswidrigkeiten.

Das SYVICOL nimmt die Kritik der FGFC ernst und bestreitet nicht, dass es in einigen Gemeinden Führungsprobleme gibt – was allerdings kein Alleinstellungsmerkmal des Gemeindefektors ist. Es wehrt sich jedoch gegen die in seinen Augen übertriebene und verallgemeinernde Darstellung seitens der Gewerkschaft, welche dem Ansehen der zahlreichen ehrenamtlich engagierten und verantwortungsvoll handelnden Mandatsträger schadet.

Der Handlungsspielraum des SYVICOL ist in diesem Bereich sehr eingeschränkt, da es keinerlei Weisungsbefugnis über die Gemeinden hat, sondern diesen nur unterstützend zur Seite stehen kann, vor allem durch Weiterbildung. In Umfragen unter den Gemeindepolitikern wird das Personalmanagement als einer der Bereiche genannt, in denen die Notwendigkeit für Fortbildung am größten ist. Aus diesem Grund ist das SYVICOL seit einiger Zeit im Austausch mit dem Ministerium für innere Angelegenheiten mit dem Ziel, so bald wie möglich diesbezügliche Seminare für die Gemeindeverantwortlichen anbieten zu können.

Darüber hinaus wird es Gespräche mit dem Ministerium über strukturelle Anpassungen geben, wie zum Beispiel die Einführung einer zentralen Personalverwaltung, auf die die Gemeinden zurückgreifen können, eine Idee, die einer Forderung der FGFC entspricht und natürlich auch mit der Gewerkschaft diskutiert werden wird.

Für das SYVICOL ist es wichtig, weiterhin im konstruktiven Austausch mit allen Partnern konkrete Lösungen zu erarbeiten, anstatt die Debatte durch Verallgemeinerungen und Konfrontation zu eskalieren. Unsere Gemeinden und ihre politischen Vertreter leisten tagtäglich wertvolle Arbeit für das Gemeinwohl. Sie verdienen Respekt und Unterstützung, nicht Pauschalverurteilungen.